



## Parlamentarische Versammlung des Europarates

### Meine Schwerpunkte: Gleichstellung, Nicht-Diskriminierung und Menschenrechte

Ich freue mich sehr, dass ich mit dieser Gesetzgebungsperiode auch Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates geworden bin.

Der Europarat (ER) ist eine internationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sein Sitz befindet sich in Straßburg. Der ER wurde am 5. Mai 1949 von zehn europäischen Staaten gegründet, wobei sich bis zum Ende des Kalten Krieges die Mitgliederzahl auf 23 erhöhte. Seine Gründung verfolgte das Ziel, nach dem Zweiten Weltkrieg einen langanhaltenden Frieden zu schaffen und zu sichern.



Mitgliedstaaten des ER

Seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 und dem Ende des Kalten Krieges nahm die Mitgliederzahl des ER stark zu. Die neuen Staaten wollten durch ihren Beitritt ihr Engagement für ein Europa der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ausdrücken. Die Mitgliederzahl hat sich mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten auf 47 Mitgliedstaaten erhöht – nur Belarus ist kein Mitglied. Heute werden zirka 800 Millionen Menschen von den Entscheidungen des ER beeinflusst.

### Ziele des Europarates

1. Sicherstellung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
2. Förderung sozialer Rechte und des sozialen Zusammenhalts
3. Entwicklung einer vielfältigen europäischen kulturellen Identität

4. Entwicklung gemeinsamer Lösungen für soziale Probleme (wie organisiertes Verbrechen, Gewalt gegen Frauen und Kinder, Terrorismus, Internetkriminalität, Bioethik und Klonen, Menschenhandel, Rassismus und Intoleranz)

Neben dem Generalsekretär, derzeit nimmt der Norweger Thorbjørn Jagland diese Funktion ein, dem MinisterInnenkomitee und dem Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), gibt es als zentrales Organ die Parlamentarische Versammlung. Diese hat zwölf Fachausschüsse.

Ich bin Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung sowie für die Wahl der Richter des EGMR und Ersatzmitglied im Ausschuss für Rechte und Menschenrechte.

Ich freue mich sehr auf die neue Herausforderung!

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte an mich: 01/534 27 310 oder [petra.bayr@spw.at](mailto:petra.bayr@spw.at)

# Keine Toleranz von weiblicher Genitalverstümmelung

## Weltweit 200 Millionen Mädchen und Frauen betroffen

Weibliche Genitalverstümmelung (FGM) passiert nicht nur in weit entfernten Ländern. Auch hier in Österreich müssen wir Maßnahmen treffen, um FGM zu verhindern und betroffene Frauen bestmöglich zu unterstützen. Unter diesem Motto stand die heurige Pressekonferenz anlässlich des Nulltoleranz Tages von FGM am 6. Februar. Gemeinsam mit Corinna Geissler von UNICEF Österreich haben wir die Medien informiert, was in Österreich getan werden muss und wie die Lage weltweit ist.

### GREVIO Bericht

Der erste GREVIO Bericht, der das Einhalten der Istanbul

Konvention überprüft, fordert die österreichische Regierung auf, alle Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen bestmöglich zu vermeiden. Unter anderem enthält der Bericht zahlreiche Empfehlungen zu FGM: So soll es mehr Mittel für spezialisierte Einrichtungen geben. Gesundheitspersonal soll gezielte Weiterbildung erhalten. Daten über das Vorkommen von FGM in Österreich sollen erhoben werden und Opfer sollen im gesamten Bundesgebiet Österreichs spezialisierte Unterstützung erhalten.

### FGM weltweit

Mindestens 200 Millionen Mädchen und Frauen in 30 Ländern

wurden dieser Praxis unterzogen. Mehr als die Hälfte von ihnen lebt in nur drei Ländern: Indonesien, Ägypten und Äthiopien.

44 Millionen sind Mädchen unter 15 Jahren. Die exakten Zahlen der weltweiten Verbreitung von weiblicher Genitalverstümmelung sind unbekannt. Doch je besser die Verfügbarkeit von repräsentativen Daten wird, desto höher wird auch die Zahl der Mädchen und Frauen, von denen bekannt ist, dass sie dieser problematischen Praxis unterzogen wurden.

### Nicht nur Afrika

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass FGM auch in südamerikanischen Ländern wie Kolumbien und an anderen Orten auf der Welt existiert, etwa in Indien, Malaysia, Oman, Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Auch in Teilen von Europa, Australien und Nordamerika trifft man auf die Praxis, da diese Regionen seit Jahrzehnten Zielländer von Migration aus Ländern sind, wo die Praxis noch vorherrscht.

Ich möchte mich sehr herzlich bei der SPÖ Favoriten für die langjährige Unterstützung der Österreichischen Plattform StopFGM bedanken!



Corinna Geissler von UNICEF Österreich und Petra Bayr bei der Pressekonferenz

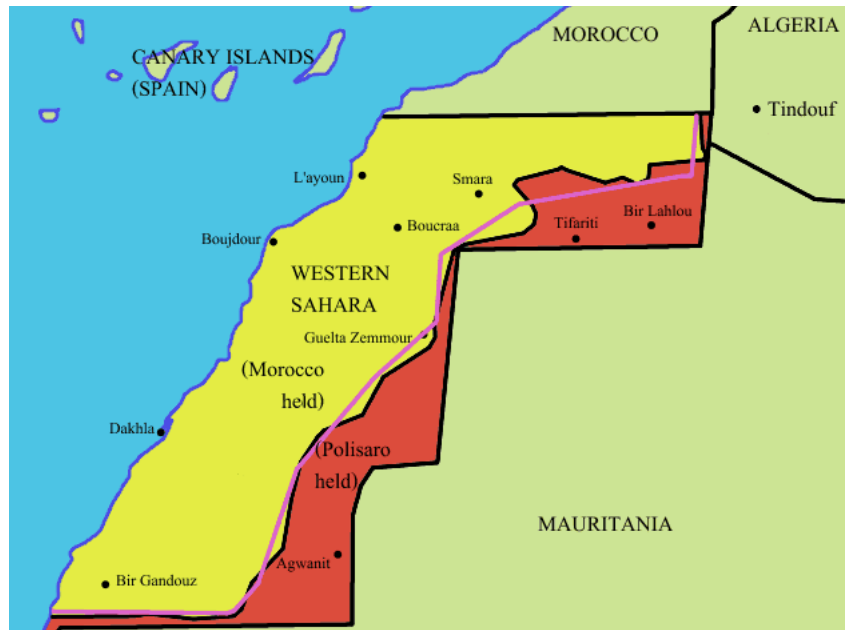
# EuGH-Urteil zum Fischereiabkommen EU-Marokko

## Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der Westsahara endlich umsetzen

Ende Februar hat es eine wichtige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegeben. In seinem Urteil vom 27. Februar hat das Gericht seine Auffassung bekräftigt, dass Marokko keine Hoheitsbefugnisse über das Gebiet der Westsahara ausüben darf. Das zwischen der EU und Marokko geschlossene Fischereiabkommen darf daher nicht für die Gewässer vor der Westsahara angewendet werden. Das Fischereiabkommen hat aber bisher vor allem den Fischfang genau dort geregelt. Hier geht es um Fisch, der dem saharischen Volk und nicht dem Königreich Marokko gehört. Deswegen kann auch ein Abkommen nicht mit Marokko geschlossen werden.

### MINURSO

Die UN Mission MINURSO kann ihrer Aufgabe, ein Referendum über die Unabhängigkeit der Westsahara durchzuführen, aktuell nicht nachkommen. Daher beschränkt sich die UN-Mission auf das Überwachen des Waffenstillstandes. In der Plenarsitzung des Nationalrates am 28. Februar habe ich einen Antrag eingebracht, der fordert, das jährlich zu verlängernde MINURSO Mandat um die Menschenrechtsbeobachtung zu erweitern. Es ist nämlich bekannt, dass die Menschenrechte in den



Gelb: Von Marokko kontrolliert. Rot: Von Polisario verwaltet

besetzten Gebieten der Westsahara immer wieder missachtet werden. Könnte MINURSO Verstöße dokumentieren, wäre dies ein erster Schritt, um wirksam gegen Menschenrechtsverletzungen aktiv werden zu können. Bei den ersten Verhandlungen haben alle Fraktionen im Nationalrat, auch die beiden Regierungsparteien, dem Antrag zugestimmt. Nachdem aber der marokkanische Botschafter bei den Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses telefonisch Druck gemacht hat, sind die beiden Regierungsfractionen umgefallen und haben den Antrag im Außenpolitischen Ausschuss vertragen. Dies vermutlich auch deswegen,

weil die EU schon seit einiger Zeit ein Rückübernahmeabkommen mit Marokko verhandelt und die Regierungsfractionen alles für dieses tun. So nehmen sie auch in Kauf, dass die Rechte der Menschen in der Westsahara weiter mit Füßen getreten werden.

### Hintergrund

Das Selbstbestimmungsrecht der Westsahara wird seit Jahrzehnten mit Füßen getreten. Als die Kolonialmacht Spanien 1975 abzog, hat Marokko das Gebiet beansprucht und zum großen Teil annektiert. Seither kämpfen die Menschen in der Westsahara um ihr Selbstbestimmungsrecht.

# Einladung zur Mutternacht 2018

## Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern nicht vergessen!

Kurz vor dem Muttertag wollen wir wieder das Thema Müttersterblichkeit in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken. Jeden Tag sterben etwa 830 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt, 99 Prozent von ihnen in Ländern des Globalen Südens. Die meisten Todesfälle wären durch eine verbesserte Gesundheitsversorgung, Bildung von Mädchen und den Zugang zu Verhütungsmitteln vermeidbar.

Wie in den vergangenen Jahren auch mache ich gemeinsam mit einem breiten NGO-Bündnis bei einer Pressekonferenz und einem Filmabend auf diesen weltweiten Missstand aufmerksam.

Dieses Jahr beleuchten wir besonders den Aspekt von Gewalt gegen Frauen. Körperliche und seelische Gewalt wirken direkt auf die Gesundheit und die Sterblichkeit von Frauen und werdenden Müttern.

Auch strukturelle Gewalt spielt, viel zu selten beachtet, eine Rolle. 70 Prozent aller Menschen, die weltweit Hunger leiden müssen, sind Frauen. Zuerst bekommen die männlichen Familienmitglieder zu essen, wenn es nicht reicht, hungern die weiblichen. Mädchen gehen seltener und kürzer in die Schule als Buben und sie erhalten seltener medizinische Betreuung.



# mutternacht

Wir laden ein, gemeinsam gegen diesen Missstand aktiv zu werden!

und dem Klimawandel entgegen gesteuert werden.

### Pressekonferenz Gewalt und Müttersterblichkeit

am 7. Mai um 10:00  
in der VinziRast Mittendrin,  
Währingerstrasse 19

### Filmabend Ixcanul

am 7. Mai ab 18:00 im Top Kino,  
Rahlgasse 1 mit anschließender  
Publikumsdiskussion zum Film  
über das Leben einer jungen Gua-  
temaltekin auf einer Kaffeepflan-  
tage und ihr Mutterwerden.

Keine Anmeldung nötig!

### Hintergrund

Im September 2015 hat die UN Generalversammlung die Agenda 2030 mit 17 nachhaltigen Entwicklungszielen und 169 Unterzielen beschlossen. Diese knüpft an die bisherigen UN-Millenniumsziele an. Bis zum Jahr 2030 soll die Armut auf der Welt beseitigt, die Gleichstellung von Frauen und Männern vorangetrieben, die Kindersterblichkeit entscheidend gesenkt

Das 3. nachhaltige Entwicklungsziel bezieht sich im Allgemeinen auf die Gesundheit aller Menschen und möchte im Speziellen die Müttersterblichkeitsrate senken. Die Welt hat sich zum Ziel gesetzt, die weltweite Müttersterblichkeit bis zum Jahr 2030 auf unter 70 je 100.000 Lebendgeburten zu senken. Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung finanzieller Ressourcen. Der niedrige Stellenwert von Frauen und Mädchen in vielen Ländern, gepaart mit dem starken gesellschaftlichen Druck, viele Kinder zu haben, zu frühes Heiratsalter und fehlende Schulbildung der Mädchen, mangelndes Bewusstsein von Frauen und Mädchen über das Recht auf Selbstbestimmung in Hinblick auf Anzahl und Abstände der Schwangerschaften sowie Mangelernährung sind weitere Ursachen für hohe Müttersterblichkeitsraten.

Weitere Infos unter:  
[www.mutternacht.at](http://www.mutternacht.at)